

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 02.12.2014
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Selige, Dieter

Mitglieder

Dälken, Martin
Daudt, Georg
Gröne, Christoph
Grottendieck, Jürgen
Hebbelmann, Udo
Jantos, Annette
Lücke, Dagmar
Pesch, Karl-Heinz
Schmechel, Peter
Springmeier, Wolfgang

Verwaltung

Plogmann, Karl-Heinz
Happe, Cordula
Lührmann, Bärbel
Wolf, Andreas
Hornstein, Anton Städt. Architekt

Protokollführer/in

Baller, Jutta

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2014 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 01.10.2014
2.1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2015 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 09.10.2014
2.2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2014 über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie des Ausschusses für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr am 21.10.2014
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Örtliche Kassenprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt
3.2.	Konto bei der Volkswagen-Bank-GmbH
4.	Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2015 - mündlicher Vortrag
5.	Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Georgsmarienhütte über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 Vorlage: BV/261/2014
6.	Berichtswesen 30.09.2014 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Vorlage: MV/096/2014
7.	Stellenplan für das Jahr 2015 /weitere Änderungsvorschläge Vorlage: BV/213/2014/1
8.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2015 Vorlage: BV/265/2014
9.	Beteiligungsbericht 2014 Vorlage: MV/094/2014
10.	Satzungsänderung Aufwandsentschädigung Stadtfeuerwehr Vorlage: BV/270/2014
11.	2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Georgsmarienhütte vom 03.11.2011 Vorlage: BV/259/2014

12. Entschlammung Mühlenteich Kloster Oesede - Antrag
SPD/DIE LINKE
Vorlage: MV/097/2014
13. Beantwortung von Anfragen
14. Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Selige eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung und zur Nachtragstagesordnung vom 28.11.2014 werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einschließlich Nachtragstagesordnung einstimmig festgestellt. Es wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 12 (Entschlammung Mühlenteich) unter dem Tagesordnungspunkt 8 (Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2015) mit zu beraten.

Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. 4/2014 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 01.10.2014

Ratsmitglied Grottendieck weist darauf hin, dass er in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 01.10.2014 eine Anfrage zur Schülerbeförderung gestellt habe. Die Verwaltung erklärt, die Beantwortung der Anfrage liege vor und werde dem Protokoll beigelegt.

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 4/2014 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 01.10.2014 wird genehmigt.

2.1. Genehmigung des Protokolls Nr. 5/2015 über die

**nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen
und Wirtschaft am 09.10.2014**

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 5/2014 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 09.10.2014 wird genehmigt.

**2.2. Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2014 über die
gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen und
Wirtschaft sowie des Ausschusses für Stadtplanung,
Bau, Umwelt und Verkehr am 21.10.2014**

Zu Form und Inhalt des Protokolls Nr. FinWiA/06/2014 werden folgende Anmerkungen vorgetragen:

Frau Jantos erklärt, auf Seite 5 sei unter TOP 4 im ersten Satz des letzten Absatzes eine „einvernehmliche Feststellung“ vermerkt worden, die gar nicht getroffen worden sei. Der Satz „Es wird einvernehmlich festgestellt, dass die Beschlüsse nicht nachgeholt werden sollen, dass die im Dezember 2013 beschlossene „Aufarbeitung“ als abgeschlossen betrachtet werden kann“ sei daher zu streichen.

Weiterhin sei der erste Satz der Beschlussempfehlung zu TOP 4 auf Seite 5 des Protokolls, der lautet: „Die Außenwirksamkeit der damaligen Beschlüsse und daraufhin geschlossenen Verträge wird festgestellt“ zu streichen, da dies erst nachträglich im Verwaltungsausschuss ergänzt worden sei.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 6/2014 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 21.10.2014 wird unter Berücksichtigung der o.g. Änderungen genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

**3.1. Örtliche Kassenprüfung durch das
Rechnungsprüfungsamt**

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, das Rechnungsprüfungsamt habe am 18.11.2014 eine örtliche Kassenprüfung vorgenommen, bei der keine Beanstandungen festzustellen waren. Das Protokoll über die Kassenprüfung werde dem Protokoll beigelegt (Anlage 1).

3.2. Konto bei der Volkswagen-Bank-GmbH

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, es sei beabsichtigt, ein städtisches Tagesgeldkonto bei der Volkswagen Bank GmbH einzurichten. Dabei handele es sich um ein gebührenfreies Business-Tagesgeldkonto mit einer Verzinsung von derzeit 0,25 % bei täglicher Verfügbarkeit. Die Volkswagen Bank GmbH sei dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen. Die abgesicherte Summe betrage 1,3 Milliarden €.

Ratsmitglied Hebbelmann merkt an, die Summe von 1,3 Mrd. € sei wohl die Gesamtsumme der Absicherung. Er bitte um Mitteilung, wie hoch die Einzelabsicherung sei.

Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

Bei dem Betrag von 1,3 Mrd. € handelt es sich um die Einzelabsicherung je Kunde (Stand 09.07.2014).

4. Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2015 - mündlicher Vortrag

Das Bauunterhaltungsprogramm wird vom städtischen Architekten Herrn Hornstein anhand einer Präsentation vorgestellt (Anlage 2.) Er erläutert den kalkulatorischen Ansatz für die Bauunterhaltung, aus dem sich ein Finanzmittelbedarf für die laufende Instandhaltung aller Gebäude im Verantwortungsbereich des Zentralen Gebäudemanagements (ZGM) in Höhe von 1,4 Mio. € pro Jahr ergebe. Er weist darauf hin, dass der inzwischen ermittelte Gesamtbedarf für alle städtischen Gebäude aktuell bei rd. 10,15 Mio. € liege und somit mit den errechneten 1,4 Mio. € nur die dringlichsten Maßnahmen (Priorität A++) erledigt werden können. Herr Hornstein gibt nachfolgend einen Überblick, wie die Mittel im Jahr 2015 im Einzelnen eingesetzt werden sollen. Er weist darauf hin, dass im Bauunterhaltungsplan 2015 auch die Erneuerung des Hallenbodens sowie die Anbringung eines Prallschutzes in der Sporthalle der Grundschule Am Harderberg vorgesehen gewesen sei. Da es sich bei diesen Maßnahmen jedoch um Investitionen handele, seien diese im Investitionsplan (Finanzhaushalt) zu veranschlagen. Das Bauunterhaltungsprogramm 2015 werden daher um die für diese Maßnahmen veranschlagte Summe (insgesamt 135.000 €) gekürzt und weise somit für 2015 einen Gesamtbetrag von 1.265.000 € zuzüglich Rückstellungen aus Vorjahren (rd. 776.000 €) aus.

Der Ausschussvorsitzende Selige dankt im Namen des Ausschusses für die Ausführungen und wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung.

Ratsmitglied Jantos erklärt, ein Ergebnis des in der vergangenen Woche durchgeführten Jugendforums sei, dass ein umfangreicher Handlungsbedarf beim Gebäude „Alte Wanne“ bestehe. Neben der Dachsanierung seien auch eine Sanierung der Toiletten sowie weitere substanzerhaltende Maßnahmen erforderlich.

Frau Happe merkt hierzu an, dass zunächst aus dem Jugendforum heraus geklärt werden müsse, wie der Jugendtreff zukünftig genutzt werden soll und welche Angebote hier vorgehalten werden sollen. Aus diesem Nutzungskonzept könne dann ein Sanierungskonzept entwickelt werden.

5. Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt

**Georgsmarienhütte über die Prüfung des
Jahresabschlusses 2012
Vorlage: BV/261/2014**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Beschlussvorlage wird verwiesen.

Als Berichterstatter in der Ratssitzung am 18.12.2014 wird Ratsmitglied Hebbelmann benannt.

Folgende Beschlussempfehlung wird gefasst:

a) Der Jahresabschluss 2012 wird beschlossen.

b) Dem Bürgermeister wird unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der noch zur Entscheidung anstehenden NLG-Verfahren für den Vollzug der Haushaltwirtschaft 2012 die Entlastung erteilt.

c) Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2012 in Höhe von 3.583.456,44 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2012 in Höhe von 1.598.552,93 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

**6. Berichtswesen 30.09.2014 - Bericht über die finanzielle
Lage der Stadt
Vorlage: MV/096/2014**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Mitteilungsvorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass sich die Gewerbesteuer inzwischen weiter rückläufig entwickelt habe und entgegen der im Berichtswesen ausgewiesenen Prognose von 20 Mio. € derzeit höchstens von 19,8 Mio. € für 2014 ausgegangen werden könne. Der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt 2014 werde daher aus heutiger Sicht weiterhin bei rd. 2,5 Mio. € liegen.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Hebbelmann, ob auch eine Anpassung der Gewerbesteuer-Planzahl für 2015 erforderlich sei, erklärt Herr Plogmann, dass sich für 2015 wieder Verbesserungen andeuten und der geplante Ansatz von 20 Mio. € daher beibehalten werden könne.

Ratsmitglied Jantos merkt an, dass gemäß Aussage auf Seite 4 des Berichtswesens die Buchungen für die Treuhandverfahren nicht enthalten seien, sondern erst im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erfolgen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt hierzu, dass aktuelle Zahlen von der NLG angefordert worden seien aber noch nicht vorliegen, so dass eine Prognose zu den Auswirkungen für den Haushalt 2014 derzeit nicht möglich sei.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft nehmen das Berichtswesen zum 30.09.2014 zur Kenntnis.

**7. Stellenplan für das Jahr 2015 /weitere
Änderungsvorschläge**

Vorlage: BV/213/2014/1

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Die Gruppe SPD / DIE LINKE beantragt, im Stellenplan auch die Stelle eines Klimamanagers einzurichten. Dieser solle nicht nur im Bereich Umwelt tätig sein, sondern auch das Zentrale Gebäudemanagement unterstützen und im Netzwerk Energieeffizienz tätig sein. Die Kosten für einen Klimamanager seien zu ermitteln und es sei zu prüfen, inwieweit man hier Fördermittel erhalten könne.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass nach Einrichtung von ca. 20 neuen Stellen in der laufenden Ratsperiode die Personalaufwendungen von 2010 bis heute um rd. 2 Mio. € gestiegen seien. Vor Einrichtung einer neuen Stelle im Stellenplan müsse zunächst ein Stellen- und Aufgabenprofil erstellt werden und eine Kostenanalyse vorgelegt werden.

Ratsmitglied Schmechel bittet um Vorlage einer Übersicht über die in den vergangenen Jahren neu geschaffenen Stellen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Stellen- und Aufgabenprofil sowie eine Kostenanalyse für die Stelle eines Klimamamagers vorzulegen.

Auf Anfrage, ob bei Ausweitung der Grünflächenpflege weitere Stellen im Bereich Bauhof geschaffen werden müssten wird darauf hingewiesen, dass derzeit zwei im Stellenplan ausgewiesene Stellen des Bauhofs nicht besetzt sind.

Die Beschlussfassung über den Stellenplan 2015 soll im Verwaltungsausschuss und im Rat erfolgen.

8. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2015 Vorlage: BV/265/2014

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Haushaltssatzung zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 10.12.2014 vorbereitet wird und dabei die Ergebnisse der heutigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft berücksichtigt werden.

Der Tagesordnungspunkt 12 (Entschlammung Mühlenteich) wird unter dem Tagesordnungspunkt 8 (Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2015) mitberaten.

Ratsmitglied Schmechel beantragt, beim ÖPNV einen Sozialtarif einzuführen und hierfür 10.000 € in den Haushalt einzustellen. Als Gegenfinanzierung schlägt er vor, den Steuersatz für die Vergnügungssteuer auf 20 % zu erhöhen.

Die von der Gruppe SPD / DIE LINKE beantragte Einstellung von je 6.000 € zur **Förderung von Engagement in kulturellen Einrichtungen bzw. in sozialen Bildungseinrichtungen wird mehrheitlich abgelehnt.**

Die **Zuschusserhöhung für die Stadtbibliothek** (11.000 €) wird **einstimmig abgelehnt** mit dem Hinweise, dass der Betrag aus vorhandenen Rücklagemitteln gedeckt werden soll.

Zu dem Antrag der DLRG auf Übernahme der Planungskosten zur Neugestaltung des Nichtschwimmer-/Kinderbeckens im Waldbad erklärt Ratsmitglied Grottendieck, dass hier

wohl ein Betrag von 10.000 € auskömmlich sei, der in Priorität 2 eingestuft werden könne. Auf Anfrage aus dem Ausschuss, welche Investitionssumme sich aus den Planungen ergeben werde, antwortet Herr Grottendieck, dass dies derzeit noch unklar sei, dass die DLRG aber bei Umsetzung Eigenleistungen erbringen werde.

Als Ergebnis der Diskussion soll die Angelegenheit nochmals in den Fraktionen beraten werden. Vorbehaltlich des Ergebnisses aus den Fraktionen soll für **Planungsleistungen** ein Betrag in Höhe von **10.000 € mit Priorität 2 in den Haushalt 2015** eingestellt werden.

Zu dem Vorschlag der Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten wird auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion verwiesen. Ratsmitglied Hebbelmann erläutert hierzu, dass die aufgrund von Alterszuschlägen steigenden Personalkosten bei der konstanten Landesförderung unberücksichtigt bleiben und daher bei den freien Trägern ein immer höheres Defizit entstehe. Es sollten daher Gespräche mit den Trägern der Kindertagesstätten mit dem Ziel einer Beitragsanpassung geführt werden, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, sie halte Beitragserhöhungen für das falsche politische Signal. Kindertagesstätten müssten als Bildungseinrichtungen eigentlich kostenlos sein. Falls Ungleichgewichte zwischen den freien und den anderen Trägern entstehen, müsse über eine Änderung der Zuschussrichtlinien nachgedacht werden, nicht aber über eine Erhöhung der Beiträge, die zur Abschreckung der Eltern führen könne. Ihrer Ansicht nach sollte die Stadt eine Mehrbelastung hinnehmen, um die Beiträge niedrig halten und sich als familienfreundlich darstellen zu können.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird erklärt, sozial Schwache seien ohnehin von der Kindergartengebühr befreit; im Übrigen seien die Eltern durchaus bereit, für qualitativ hochwertige Betreuung einen angemessenen Preis zu zahlen.

Nach Abschluss der Diskussion wird vorgeschlagen, die Beitragsfrage im Haushalt 2015 nicht zu berücksichtigen, da Beitragserhöhungen zwar zu höheren Deckungsbeiträgen bei den katholischen Trägern führen, den Haushalt der Stadt aber nur unmerklich entlasten würde. Der Antrag der CDU-Fraktion, ein Gespräch mit den Trägern der Kindertagesstätten anzuberaumen, um Einvernehmen über eine Beitragsanpassung mit Dynamisierungsklausel herzustellen, soll als eigenständiger Tagesordnungspunkt im Verwaltungsausschuss beraten werden.

Dieser Vorschlag wird mit

9 Ja- Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

mehrheitlich angenommen.

Die übrigen in der vorliegenden Liste zum Ergebnishaushalt 2015 aufgeführten Änderungen werden von den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Kenntnis genommen und bestätigt

Nachfolgend wird über den Investitionsplan 2015 beraten.

Zu der im Fachbereich 0 aufgeführten Maßnahme „**Bühnenentwicklung Waldbühne**“ wurde bereits im Fachausschuss III mitgeteilt, dass hier eine Einordnung in **Priorität 2** erfolgen soll.

Die im Investitionsplan aufgeführten Positionen der Fachbereich 0 und I werden vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft bestätigt.

Zu der im Fachbereich II enthaltenen Position „Bewegliche Vermögensgegenstände Straßenverkehrswesen“ wird vorgeschlagen, anstelle der veranschlagten 3 Geschwindigkeitsanzeigendisplays nur **2 feste Displays mit Priorität 1** einzuplanen. Dieser Vorschlag wird **einstimmig angenommen**.

Die Maßnahmen „**Strom- und Wasserversorgung Zirkusplatz**“ und „**Landfahrerplatz**“ werden **einstimmig in Priorität 2** eingeordnet.

Der Vorschlag die **Verpflichtungsermächtigung 2015 für den „Schlauchwagen OW Kloster Oesede“ zulasten der Jahre 2016 (für Fahrgestell) und 2017 (für Aufbau) zu verteilen sowie die Verpflichtungsermächtigung 2015 für den „Einsatzleitwagen OW GMHütte“ zulasten des Jahres 2017 festzulegen**, wird **einstimmig angenommen**.

Die übrigen Positionen des Fachbereichs II werden vom Ausschuss bestätigt.

Vor dem Hintergrund der beabsichtigten Änderung der Zuschussrichtlinien sollen für die im Fachbereich III veranschlagten „Zuschüsse an Kindergärten“ bereits die höheren Beträge (14.500 € bzw. 17.200 €) berücksichtigt werden.

Herr Hornstein stellt die Planungen für den barrierefreien Zugang zur Antoniusschule vor, für den Kosten in Höhe von 180.000 € ermittelt wurden. Geplant sei der Einbau von Aufzulanlagen vom Keller bis in das erste Obergeschoss sowie die Einrichtung eines Behinderten-WC. Die Erreichbarkeit des Dachgeschosses sei nicht erforderlich.

Die Frage, ob hier eine Förderung durch das Land zu erwarten sei, wird von der Verwaltung bejaht, wobei jedoch die Höhe des Zuschusses noch unklar sei. Außerdem sei noch nicht geklärt, ob die Förderung als Investitionszuschuss gezahlt werde oder ob die Förderung im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werde.

Die Einstellung von **180.000 € in Priorität 1 für den „barrierefreien Zugang zur Antoniusschule“** wird **einstimmig befürwortet**.

Zur Maßnahme „**KiTa St. Georg**“ wird vom Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen, im Zuge der geplanten Sanierungsmaßnahme mit dem Träger **Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, zumindest das Gebäude in städtisches Eigentum zu überführen**. Dieser **Vorschlag wird einstimmig angenommen**.

Wie schon unter TOP 4 (Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms) vorgetragen, ist das Investitionsprogramm für den Fachbereich III um die Positionen „**Schwingboden Sporthalle Grundschule Am Harderberg**“ (Betrag 105.000 € - Priorität 1) sowie „**Prallschutz Sporthalle Grundschule Am Harderberg**“ (Betrag 30.000 € - Priorität 1) zu ergänzen, da es sich hierbei nicht um Unterhaltungsmaßnahmen, sondern um Investitionen handelt.

Im Übrigen werden die im Investitionsplan 2015 für den Fachbereich III aufgeführten Investitionsmaßnahmen vom Ausschuss bestätigt.

Für die Investitionen des Fachbereichs IV werden folgende Positionen einstimmig angenommen:

- Baumaßnahmen Friedhofskapellen – 30.000 €- Priorität 1
- Baumaßnahmen Kapelle Parkfriedhof (muslimische Bestattungen) – 30.000 € - Priorität 2
- Unterbauerschaft – Priorität 2

- Austausch von Spielgeräten/Spielplatzoptimierung – 100.000 € Priorität 1 und 100.000 € Priorität 2
- Grunderwerb Straßenflächen – Priorität 1
- Bau von Wartehallen – 2015: 76.000 € (+15.000 € für weitere Wartehalle Schulzentrum) – Priorität 1
- Geringfügige Investitionsmaßnahmen Straßenbau – Priorität 1
- Erneuerung von-Galen- Straße – 40.000 € - Priorität 1
- Auf der Insel Radweg – Priorität 2
- Am Dreieck Endausbau – Planung 20.000 € vorziehen auf 2015 – Priorität 1
- Forstweg Beleuchtung – schieben nach 2016
- ZILE-Waldwegebau – Priorität 1 wenn Förderung
- Ersatzmaßnahmen nach dem NNatSchG – 20.000 € - Priorität 2

Für die Maßnahme „Baumaßnahmen Friedhöfe – Außenanlage“ soll die Priorität im Verwaltungsausschuss geklärt werden.

Folgende Positionen werden mehrheitlich angenommen:

- Auf der Insel Beleuchtung – Priorität 2
- Fußwegerweiterung Smol – Priorität 2
- Umbau Knotenpunkt Raiffeisenstraße / Beekebreite (Planung) – Priorität 1
- Kreuzung Schulstraße / Dorfstraße – Priorität 1
- KVP Brüsseler Straße – Priorität 1

Zur Maßnahme „Lärmschutzmaßnahmen B 51“ erklärt Ratsmitglied Jantos, im Fachausschuss IV sei angekündigt worden, dass die Verwaltung hierzu Informationen und Zahlen vorlegen wolle. Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft kommen darin überein, dass die Informationen abgewartet werden und hier kein Ansatz in den Haushalt eingestellt werden soll. Gegebenenfalls könne man hier außerplanmäßig Mittel zur Verfügung stellen.

Die Maßnahmen

- Hindenburgstraße / Am Waldbad –Erneuerung
- Kiewitsheide I / Am Buchsbaum – Erneuerung
- Verkehrsentwicklungsplan
- Hindenburgstraße – Zukunftswerkstatt
- Alte Kolonie – Ortsteilentwicklung
- Fuß-/Radweg Malbergen
- Planung Overbergstraße

sollen nochmals in den Fraktionen beraten werden.

Für die veranschlagten Fahrzeuge des Bauhofs wird vorgeschlagen, zunächst die jährliche Summe der Abschreibungen zu ermitteln und einen entsprechenden Betrag als jährliche Investitionssumme für Bauhoffahrzeuge zur Verfügung zu stellen. Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Die übrigen Positionen des Fachbereichs IV werden bestätigt.

Die Mitglieder des Ausschusses bitten darum, dass zukünftig auch der Leiter des Fachbereichs IV bei Haushaltsberatungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft anwesend ist.

Zu dem eingangs gestellten Antrag des Ratsmitglieds Schmechel zur Einführung eines Sozialtarifs für den ÖPNV wird folgender Vorschlag einstimmig angenommen.

Es werden 10.000 € für die Einführung eines Sozialtarifs in den Haushalt eingestellt. Über die Ausgestaltung des Sozialtarifs wird im zuständigen Fachausschuss III beraten.

Zu dem von der Gruppe SPD / DIE LINKE beantragten Nachtragstagesordnungspunkt „Entschlammung Mühlenteich“ erklärt Ratsmitglied Jantos, es solle ein Antrag an den Landkreis Osnabrück vorbereitet werden auf Deponierung des Schlammes im Holsten-Mündrufer Steinbruch, um dann die konkreten Kosten für das Ausbaggern des Mühlenteichs ermitteln zu können.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Ergebnishaushalt des Haushaltsentwurf 2015 380.000 € für die Maßnahme veranschlagt seien. Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft kommen darin überein, einen Betrag in Höhe von 10.000 € mit Priorität 1 einzuordnen, die restlichen 370.000 € mit Priorität 2.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird außerdem angemerkt, zunächst müsse geklärt werden, ob überhaupt ausgebaggert werde dürfe. Im Übrigen sei der Antrag inhaltlich im Fachausschuss IV zu beraten.

Eine Abstimmung über den Gesamthaushalt 2015 findet nicht statt.

Die Haushaltssatzung 2015 sowie ein aktualisierter Investitionsplan 2015 werden zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 10.12.2014 vorgelegt.

9. Beteiligungsbericht 2014 **Vorlage: MV/094/2014**

Der vorliegende Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Ratsmitglied Hebbelmann weist darauf hin, dass die Beteiligungen der Stadtwerke zum Teil noch detaillierter dargestellt werden könnten.

10. Satzungsänderung Aufwandsentschädigung **Stadtfeuerwehr** **Vorlage: BV/270/2014**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Beschlussvorlage wird verwiesen.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt die 1. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Georgsmarienhütte über die Gewährung von Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Personen im Feuerwehrwesen.

**11. 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt
Georgsmarienhütte vom 03.11.2011
Vorlage: BV/259/2014**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Beschlussvorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann ergänzt, vom Niedersächsischen Städtetag sei empfohlen worden, eine Wertgrenze nur für den Rat in die Hauptsatzung aufzunehmen. Wenn für Geschäfte der laufenden Verwaltung eine Wertgrenze bis 50.000 € gelte, ergebe sich für Beträge über 50.000 € bis zu der für den Rat festgelegten Wertgrenze automatisch die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, ihrer Ansicht nach müssen auch die Richtlinien über die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Bürgermeister, Verwaltungsausschuss und Rat angepasst werden; außerdem sei auch noch der Dienstleistungsvertrag mit der NLG zu beschließen. Sie schlage vor, die Änderung der Hauptsatzung, die Änderung der Zuständigkeitsrichtlinien sowie den Dienstleistungsvertrag mit der NLG erst in der nächsten Sitzung als Paket zu beschließen.

Diesem Vorschlag schließen sich die übrigen Mitglieder des Ausschusses nicht an; die Beschlussfassung über die Änderung der Hauptsatzung soll bereits in der nächsten Sitzung des Rates erfolgen.

**12. Entschlammung Mühlenteich Kloster Oesede - Antrag
SPD /DIE LINKE
Vorlage: MV/097/2014**

Die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt fand bereits unter dem Tagesordnungspunkt 8 (Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2015) statt.

13. Beantwortung von Anfragen

Die Beantwortung der von Ratsmitglied Grottendieck in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 01. Oktober 2014 gestellten Anfrage zur Schülerbeförderung ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

14. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung